

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 36.— Mk., jährlich 72.— Mk. — Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnummer: Die 2-petitionale Seite 1,00 Mk., mit Anhang 2,40 Mk. Abonnement: 1. Halbjahr 12,00 Mk., 2. Halbjahr 12,00 Mk., 3. Halbjahr 12,00 Mk., 4. Halbjahr 12,00 Mk., 5. Halbjahr 12,00 Mk., 6. Halbjahr 12,00 Mk., 7. Halbjahr 12,00 Mk., 8. Halbjahr 12,00 Mk., 9. Halbjahr 12,00 Mk., 10. Halbjahr 12,00 Mk., 11. Halbjahr 12,00 Mk., 12. Halbjahr 12,00 Mk.

Nr. 273

Mittwoch, den 23. November 1921

12. Jahrgang

Die Rohö.

Von Anna Bloß.

Die Rohö also heißt auf deutsch Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs. Trotz des absonderlichen Namens hat diese Organisation das Gute, daß sie die Hausfrauen aller Stände, aller Klassen, aller Konfessionen umfaßt. Die Not in Österreich ist ja so groß, daß es nur wenige Hausfrauen gibt, die nicht davon betroffen sind, und diese Not hat wirklich einmal alle zusammengeführt.

Die Rohö trat schon während des Krieges einmal energisch auf. Damals sollte billiges argentinisches Gefrierfleisch in Wien eingeführt werden, um der großen Fleischknappheit und Teuerung abzuhelfen. Die Fleischer in Wien widersetzten sich mit aller Gewalt diesem Plan. Sie fürchteten, daß ihnen ihre Vorräte liegen bleiben würden, wenn sie nicht mit dem Preis heruntergingen. Die Mitglieder der Rohö zogen zu Tausenden vor das Rathaus und die Fleischer mußten schließlich nachgeben.

Noch gewaltiger gestaltete sich die Demonstration, die die Rohö im Oktober dieses Jahres in Wien veranstaltete. Sie betraf eine Massenversammlung in die Volkshalle, die sich zu einer überaus stürmischen Kundgebung gegen die maßlose Verteuerung der Lebensbedingungen gestaltete. Die Aufregung der nach Tausenden in und vor dem Rathaus erschienenen Frauen aller Stände war eine geradezu fürchterliche. Kinder wurden mit dem Rufe emporgehoben: „Das ist unser letztes und das lassen wir uns von den Bauern und Lebensmittelgebern nicht hinmorden!“

Die einzelnen Mednerinnen konnten sich in dem tosenden Rärm nicht verständlich machen. „Der Medien genügt!“ schrie man ihnen zu. „Wir brauchen keine Wortel. Herraus mit den versteckten Lebensmittel! Weg mit der Regierung, die unfähig ist, den Wucherern in Stadt und Land entgegen zu treten!“ Andere riefen wieder: „An die Laterne mit den ruchlosen Spekulanten!“ Zu einem großen Krawall kam es, als eine Frau Professor meinte, die Frauen sollten mehr arbeiten und sparen. Darüber gerieten die Arbeiter- und Mittelstandsfrauen in große Aufregung. Sie riefen der Mednerin zu: „Wir brechen unter der Last der Arbeit schon zusammen! Gebt uns Kartoffeln und Mehl für unsere Kinder!“

Die Regierung wurde aufgefordert, durch radikale Maßnahmen der unerhörten Spekulation mit Mehl, Fett, Kartoffeln, Holz usw. unverzüglich ein Ende zu machen. Für das namenlose Elend, in welches die Haushaltungen durch leere Versprechungen gebracht wurden, sei nur die Regierung verantwortlich zu machen. Besonders betont wurde, daß man in Österreich niemals Frauen gefragt habe. In stärksten Worten wandte man sich gegen die Welta- und Lebensmittel-Spekulanten. Schließlich wurde in einer Resolution von der Regierung energische Abhilfe gegen die Spekulation gefordert.

In imposanter Demonstration marschierten dann die Frauen zum Parlament und eine Abordnung wurde von den Ministern empfangen. Diese machten schöne Versprechungen und die Frauen beruhigten sich noch einmal. Lange aber wird es wohl nicht währen, bis sie ihre Forderungen wiederholen, vielleicht dann in weniger zäher Form.

Diese Verzweiflung der Frauen ist gefährlich. Man hat ähnliches erlebt vor dem Ausbruch der Französischen Revolution. Damals zog ein langer Zug von Frauen und Mädchen unter Anführung einer Fromme nach dem Stadthaus und verlangte Brot und Waffen. Die Sturmglocke ertönte und die bewaffneten Frauen marschierten nach Versailles. Die Nationalgarde, welche gegen die Weiber anrückte, wurde mit Steinhagel zurückgetrieben. Die Frauen machten den Männern den Vorwurf, daß sie nicht zu handeln verstanden. Auch hier ließen sich die Frauen noch einmal durch die schönen Versprechungen des Königs beruhigen. Später, bei Ausbruch der eigentlichen Revolution haben dann die bis zum Neuesten getriebenen armen Frauen ihren Jörn oft in fürchterlicher Weise zum Ausdruck gebracht.

Bisher haben die Danziger Hausfrauen sich noch resigniert in die so äußerst schwierigen Lebensverhältnisse gefügt. Vielleicht kommt bald der Tag, wo das Beispiel der „Rohö“ auch bei uns Nachahmung findet. Hören die maßgebenden Stellen in Danzig nicht rechtzeitig auf diese ersten Gewitterzeichen, so kann es kommen, daß wir eine neue Revolution erleben, schreden-

erregender als alles was je geschah. Mütter, die zur Verzweiflung getrieben werden, wenn ihre Kinder hungern und frieren müssen, können lange schweigen dulden! Es bedarf dann aber nur eines kleinen Anstoßes und die Verzweiflung bricht sich Bahn. Dann wehe denen, die sich an den Müttern veründigen!

Japan, Amerika und der ferne Osten.

Die unterbrochenen Verhandlungen Japans mit der Republik des Fernen Ostens in Dairen sollen auf Veranlassung der japanischen Delegation wieder offiziell aufgenommen werden, nachdem in der letzten Zeit nur Privatgesprächen zwischen den beiderseitigen Vertretern stattgefunden hatten. Die japanische Delegation teilt der russischen mit, daß die japanische Regierung ihr Einverständnis zur sofortigen Eröffnung einer Zweigstelle der „Telegraphenagentur des Fernen Ostens“ in Japan erklärt habe.

In Eschita ist der Delegierte der amerikanischen Regierung, Konsul Goldswall eingetroffen, der die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Republik des Fernen Ostens studieren soll; seine Reise wird im Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung der Republik des Fernen Ostens durch Amerika gebracht.

Deutschland will die Furcht Frankreichs beseitigen.

Aus Washington wird gemeldet: Der deutsche Botschafter Edmund Heimann hat in einer Unterredung erklärt, er glaube, daß Deutschland gewillt sei, einem internationalen Gericht neue Garantien zu geben, um Frankreich die Furcht vor einem neuen Krieg zu nehmen. Er fügte hinzu, Deutschland wünsche zu arbeiten, ohne gestört zu werden und ohne eine Befestigung des Ruhrgebiets fürchten zu müssen. Deutschland sei ferner gewillt, diese Garantien in einer solchen Form zu bringen, daß die Welt seine Aufrichtigkeit anerkennen müsse.

Frankreich lernt nichts und vergißt nichts.

In ihren Kommentaren zur Rede Briands haben die Blätter die Erklärung Balfours hervor, daß die Rede für die Lösung des Problems der Verminderung der Rüstungen zu Lande im gegenwärtigen Augenblick nicht hoffnungsvoll sei. „Daily Herald“ bezeichnet die Rede als ein kaltes Sturzbad für die Konferenz und schreibt, wenn Briand erkläre, daß das französische Volk keinen Haß gegen das deutsche Volk hege, weshalb verfolge dann die französische Regierung eine Politik, die das deutsche Volk mit Hunger und Sklaverei bedrohe? „Daily Express“ schreibt, Briands Rede habe zweifellos Enttäuschung erzeugt. Sie biete wenig Ermutigung für die Leute, die gehofft hatten, daß sich Frankreich vorbehaltlos und praktisch auf die Seite der Idealisten stellen werde. „Daily Mail“ schreibt, solange Frankreich nicht die endgültige Allianz mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien habe, solange Deutschland nicht gründlich entwaffnet und in Rußland Ruhe und Demobilisation hergestellt seien, könne Frankreich nicht getadelt werden, wenn es stark bleiben wolle, um sich zu verteidigen. Wells kauft der „Daily Mail“ über seine Eindrücke bei der Rede Briands, Frankreich lerne nichts und vergesse nichts. Das sei Frankreichs größtes Unglück. Die nackte Tatsache bleibe bestehen, daß Frankreich angesichts einer abgerüsteten Welt ein großes Heer beibehalte und daß es sich energisch auf eine neue kriegerische Unternehmung in Europa vorbereite. Um dies zu entschuldigen, habe Briand eine märchenhafte Darstellung über Deutschlands Vorbereitungen für eine Erneuerung der Feindseligkeiten vorgebracht. Die „Times“ weisen auf die Unterstützung hin, die die Rede Briands von Seiten Balfours und auch des Staatssekretärs Hughes erhalten habe und schreibt, Briand habe den Standpunkt Frankreichs überzeugend dargelegt. „Daily Telegraph“ sagt, Briands Darlegung der Haltung Frankreichs zeige, wie weit jedes Uebereinkommen über die Verminderung der Rüstungen von der Durchführbarkeit entfernt sei. „Daily Chronicle“ bemerkt, man möchte wissen, was die französischen Staatsmänner meinten, wenn sie von der weiteren Entwaffnung Deutschlands sprächen. Das Blatt weist mit Bezug auf die von Briand dargelegte russische Gefahr darauf hin, daß es in der Hauptache Frankreich gewesen sei, das sich der Wiederaufnahme Rußlands in die Gemeinschaft der zivilisierten Nationen als dem einzigen Weg der Beseitigung der Gefahr des Sowjetmilitarismus widersetzt habe, und daß es sich dem noch immer widersetze.

Entschlebung über die Fragen des fernen Ostens
In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Ausschusses für die Fragen des fernen Ostens wurde folgende Entscheidung angenommen: Die Vereinigten Staaten, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Holland und Portugal erklären ihre festerliche Absicht:

1. Die Souveränität und Unabhängigkeit sowie die wirtschaftliche und administrative Integrität Chinas zu respektieren.
2. China Möglichkeit und Freiheit der Entwicklung zu geben und für eine dauernde und kraftvolle Regierung zu sorgen.
3. Ihren Einfluss für die Einrichtung und resp. Aufrechterhaltung des Prinzips der Gleichheit für Handel und Industrie aller Nationen auf dem genannten Gebiet Chinas geltend zu machen.
4. Davon abzusehen, aus den gegenwärtigen Umständen Nutzen zu ziehen, um Spezialrechte und Privilegien zu erhalten, die die Rechte von Nationen befreundeter Staaten beeinträchtigen könnten, und weiter zu keinerlei Aktion zu ermitteln, die einer Beseitigung der Sicherheit der in Rede stehenden Länder gleichkäme.

Die SPD.-Arbeiter gegen den Generalstreik.

Am Montag nahmen in Halle die Betriebsvertrauensleute der SPD. Stellung zu der neuen Generalstreikpropaganda der Kommunisten. Uebereinstimmend lauteten die Bericht aus den Betrieben dahin, daß nicht die geringste Neigung besteht, das ungewisse Experiment eines Generalstreiks mitzumachen. Einstimmig wurde eine Entschlebung bekanntgegeben, die jede Beteiligung daran, sogar die Beteiligung an einer Abstimmung, mit Entschiedenheit ablehnt. Die Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung, wie sie im Frühjahr durch die kommunistische Wirtzaktion stattgefunden habe, dürfe nicht weiter fortgesetzt werden. Alle Kräfte seien vielmehr darauf zu konzentrieren, den gemeinsamen Ansturm der Industriellen und Reaktionäre abzuwehren. Sie protestieren gegen die Handlungsweise der KPD., eigenmächtig eine Sitzung der Vertrauensleute aller Richtungen einzuberufen. Sie sprechen dieser Sitzung das Mandat ab, im Namen aller Organisationen Beschlüsse zu fassen.

Für heute abend haben die Kommunisten eine Versammlung nach dem Volkspark einberufen, in der es sich entscheiden wird, ob sie wirklich den Generalstreik auszurufen gedenken.

Der Mörder Erzbergers in Haft?

In der vergangenen Nacht hat sich bei dem Dresdener Polizeipräsidenten ein Mann freiwillig gestellt, der behauptet, mit einem der Mörder Erzbergers, nämlich Killeßen, identisch zu sein. Da er keine Papiere bei sich hatte und auch das von ihm angegebene Geburtsdatum mit dem von Killeßen nicht übereinstimmt, müssen die Angaben mit großer Vorsicht aufgefaßt und nachgeprüft werden.

Der deutsche Sanitätszug für Sowjetrußland.

Der Sanitätszug des deutschen Roten Kreuzes, der vor einigen Tagen nach Kasan und den weiteren Hungergebieten der Wolga abgegangen ist, besteht aus 24 Waggons, die trotz aller Schwierigkeiten vorzüglich ausgerüstet sind. Die mitgeführten Lebensmittel werden es ermöglichen, wenigstens den Kranken, die sich vom deutschen Sanitätspersonal behandeln lassen, kräftige Mahlzeiten zu verabfolgen. Die deutsche Rote-Kreuz-Expedition hat darüber hinaus Maßnahmen ergriffen zur Organisation von bakteriologischen Stationen, sowie zur Auffüllung der mitgeführten Vorräte an Medikamenten und namentlich auch an Lebensmittel. Die Einrichtung der deutschen bakteriologischen Untersuchungsstation in Moskau macht gute Fortschritte. Der Moskauer Sowjet hat dazu vorzüglich geeignete Räume eines Sanatoriums zur Verfügung gestellt. Außerdem wird dort auch ein Ambulatorium und eine Apotheke eingerichtet.

Die Elektrifizierung der Ukraine. Wie aus Moskau berichtet wird, beabsichtigt die Regierung der Sowjet-Union die Anlage eines großen Elektrizitätswerks in den bei Kiew gelegenen Torfmooren von Putzow. Ein zweites Elektrizitätswerk soll nördl. von Kiew bei den Braunkohlefläzen von Wschigorod angelegt werden. Diese Werke sollen der Elektrifizierung der Eisenbahnen und Fabriken des Kiewer Gebietes dienen.

Die Arbeiterschaft gegen den Krieg.

Die am 15. und 16. November 1921 in Amsterdam tagende kombinierte Konferenz von Vertretern der Internationalen Sekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter, einberufen vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum Zwecke der Besprechung der drohenden Kriegsgefahr und zur Ergreifung von Maßnahmen gegenüber den Gefahren eines neuen Weltkrieges, bekräftigt die vom Londoner Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom November 1921 und von den Internationalen Kongressen der Transportarbeiter (Moskau, März 1920 und Genf, April 1921), Bergarbeiter (Genf, August 1920) und Metallarbeiter (Kopenhagen, August 1920 und Lugern, August 1921) genommenen Beschlüsse.

In Anbetracht der Tatsache, daß die reaktionären und militaristischen Bestrebungen in der ganzen Welt im Zunehmen sind und ein neuer Krieg unausweichlich ist, wenn nicht die Arbeiterschaft aller Länder in voller Einheit und Einmütigkeit Front macht gegen die von der kapitalistischen Klasse drohende Gefahr, richtet die Konferenz an die Arbeiter aller Länder den dringenden Appell, neben dem gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Abwehrkampf ihre Aufmerksamkeit und alle ihre Energie vor allem der Bekämpfung des Kapitalismus selbst und dem mit ihm untrennbar verbundenen Militarismus zuzuwenden.

Mit Berufung auf die von den Internationalen Arbeiterkongressen angenommenen diesbezüglichen Resolutionen erwartet die Konferenz von allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen, daß sie in ihrem eigenen Lande und unter den eigenen Verhältnissen stärker und mit größerem Nachdruck als je die Propaganda und Aktion gegen den Militarismus und für die allgemeine Abrüstung führen werden.

Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zu einer Macht zusammenzuschließen, die imstande ist, im Falle drohender Kriegsgefahr, unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch sofortige Proklamation des Internationalen Generalkongresses den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

In Erwägung der Tatsache, daß ein Krieg ohne das Funktionieren der Transportbetriebe, des Bergbaus und der Metallindustrie nicht geführt werden kann, ist die Konferenz der Meinung, daß es in erster Linie Pflicht der Arbeiter dieser Industriezweige ist, die Propaganda gegen Reaktion und Militarismus unter dem ganzen Ausmaß ihrer Kräfte zu führen und ihre ganze wirtschaftliche Macht anzuwenden, um eine Wiederholung der Menschenschlächtereien in der Welt zu verhindern.

Die Bestrafung des Wohllebens.

Ein bayerischer Entwurf beim Reichsrat.

Wie gemeldet, bringt Bayern beim Reichsrat ein Ergänzungsgesetz ein, das die Schlemmerei mit schwerer Strafe bedroht. Das Gesetz, das gut gemeint ist, dessen Durchführung aber mit der Schwierigkeit rechnen muß, den Begriff der Schlemmerei greifbar festzulegen, wird von der „Münchener Zeitung“ im vorläufigen Entwurf mitgeteilt. Seine sechs Paragraphen haben im wesentlichen folgenden Inhalt:

§ 1. Wer aus Genuß zum Wohlleben sich derartig übermäßig der Genußsucht hingibt, daß dadurch ansehnlich der Not des Volkes Mergernis erregt werden kann, wird wegen Schlemmerei mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 100.000 Mk. bestraft. Bei milderen Umständen kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 2. Bei dringendem Verdacht der Schlemmerei darf der Beschuldigte wegen Mißtrauens in Untersuchungshaft genommen werden.

§ 3. Wer sich nach erfolgter Bestrafung neuerdings gegen den § 1 vergeht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Daneben ist auf Geldstrafe bis zu 200.000 Mk. zu erkennen.

§ 4. Neben Gefängnis kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, neben Zuchthaus muß auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Die Verurteilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen.

Den sechs Paragraphen ist eine eingehende Begründung beigegeben. Danach richtet sich der Tatbestand der Schlemmerei vornehmlich gegen den übermäßigen Genuß von Essen und Trinken, wenn er zu der allgemeinen Not des Volkes in solchem Maße beiträgt, daß er Mergernis erregen kann, und wenn er einem Gang zum Wohlleben entspringt.

Zu den Lebensmittelunruhen in Berlin.

Ein Erlass des Polizeipräsidenten verbietet aus Anlaß der Unruhen von Vöden in den letzten Tagen bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel sowie alle Straßenmärsche und Straßendemonstrationen.

Infolge der polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen kam es gestern mit vereinzelt zu Plünderungen. Demonstrationen gegen die Lebensmittel wurden am Morgen, vor dem Rathaus in Prenzlau und auf dem Wege nach Weißensee zerstreut. In Weißensee erzwangen Demonstranten in einer Mäckerie die Ablieferung der Backwaren. Eine andere Bäckerei wurde ausgeplündert.

Gestern vormittag wurde ein Zug von rund 800 Erwerbslosen, die unverkennbar neue Plünderungen beabsichtigten, von der Polizei zerstreut. Ebenso erging es in Pantow 200 Personen, die vergebens auf das dortige Rathaus einzudringen versuchten und danach im Pantower Arbeitsnachweis mit Gewalt Geldunterstützungen holen wollten, um dafür Lebensmittel zu kaufen.

Montag abend gegen 10 Uhr schlug ein Haufe von rund 500 Personen, die aus einer Versammlung der Kommunistenpartei in der Hasenheide kamen, in Neufeld die Schaufenster eines Schuhgeschäfts und einer Kolonialwarenhandlung ein und raubte die dort ausgestellten Waren. Die Schutzpolizei konnte die Täter nicht mehr ermitteln und mußte sich darauf beschränken, die Menge zu zerstreuen. Neue Ansammlungen wurden von ihr im Entstehen verhindert, worauf Ruhe eintrat.

Die deutsche Sprache auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Nach dem Verlaßter Vertrag, der die Verfassung des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation enthält, sind die englische und französische Sprache nebeneinander als Amtssprache für alle Verhandlungen und Veröffentlichungen bestimmt. In der Verfassung des Völkerbundes, ebenso wie auf der Internationalen Arbeitskonferenz und in den Kommissarien dieser beiden Parlamente kann sich zwar jeder Delegierte seiner eigenen Sprache bedienen, aber seine Abordnung muß einen Dolmetscher stellen, der die Reden ins Englische oder Französische übersetzt, damit sie „offiziell“ werden. In den Verhandlungen des Völkerbundes, von denen Deutschland ausgeschlossen ist, haben sich die Länder spanischer Sprache, das heißt außer Spanien auch die südamerikanischen Staaten, bereits über diese Bevorzugung der englischen und französischen Sprache beschwert und durchgesetzt, daß alle Berichte und Beschlüsse amtlich ins Spanische übersetzt werden. In der Internationalen Arbeiterorganisation hat sich dagegen die Zulassung der deutschen Sprache als besonders notwendig erwiesen, nicht nur weil Deutschland selbst in dieser Organisation vertreten ist, sondern weil auch die mitteleuropäischen und nördlichen Industriestaaten sich der deutschen Sprache im Verkehr mit dem Ausland bedienen. Auf der gegenwärtig in Genf tagenden Internationalen Arbeitskonferenz wurde nicht nur in der Vollversammlung deutsch gesprochen, man konnte auch in den Kommissionsverhandlungen beobachten, daß sich selbst polnische und tschechische Delegierte der deutschen Sprache bedienen, um allgemein verstanden zu werden. Diese praktische Erfahrung hat den Vertreter der österreichischen Arbeiterorganisationen, Hans Morawitz bestimmt, den Antrag einzubringen, daß die deutsche Sprache als offizielle Sprache der Internationalen Arbeitsorganisation zugelassen werde. In der Begründung des Antrags wird ausgeführt: „Die Tatsache, daß die englische und französische Sprache allein als amtliche Sprachen für die Verhandlungen der Vollversammlung und der Kommissionsverhandlungen anerkannt sind, macht es den Vertretern zahlreicher Länder äußerst schwer, den Verhandlungen zu folgen; insbesondere wird es den Vertretern der Arbeiter schwer gemacht, die Interessen ihrer Organisationen in wünschenswerter Weise zu verteidigen. Die deutsche Sprache wird bereits von einer großen Zahl von Arbeiterorganisationen als internationale Sprache angewandt und ihre Zulassung als dritte Amtssprache würde nicht nur diese Organisationen selbst in Hinsicht auf die Förderung der von der Internationalen Arbeiterorganisation erstrebten Ziele ermutigen, sondern auch die Mitarbeit von Ländern vertiefen, die in sozialpolitischer Beziehung besonders fortgeschritten sind.“ Der Antrag ist von folgenden Arbeitervertretern gestellt: Morawitz (Österreich), Bonifay (Jugoslawien), Martina (Estland), Rudzits (Lettland) und Laakso (Finnland). Außerdem haben ihn die Arbeitervertreter folgender Länder unterstützt: Frankreich, Luxemburg, Dänemark, Spanien, Bulgarien, Schweden, Japan, Schweiz, Norwegen, Niederlande und Deutschland.

Die inneren Kämpfe in Polen.

Auch nach der Wahlbestimmung über die Wilsnafrage toben der Parteistreit und die Pressepolitik heftig weiter und ziehen die Regierungsfrage in ihre Kreise. Nur der Einfluss Piłsudski hat die schwache Regierungsmehrheit von 18 Stimmen zustande gebracht, die allgemein als ungenügend für das weitere Verbleiben Piłsudski im Amte angesehen wird, um so mehr, als gerade die Stimmen der südlichen Fraktion für die Regierung den Ausschlag gegeben haben. Somit schwebt abermals eine Regierungskrise in der Luft. Piłsudski hingegen fühlt sich als Sieger. Er ist in das strittige Gebiet gereist und hat in Wida in einer Rede im Ostpalestina erklärt, er habe sein 1919 gegebenes Versprechen gehalten: Als Sohn der Wilsnaerde habe er selber mit dem Schwerte seine Stimme abgegeben; er sei auch jetzt bereit, die Entscheidung der Bevölkerung abermals mit Waffengewalt zu verteidigen.

Wie aus Wilsna gemeldet wird, verläßt General Żeligowski Ende November das Wilsnagebiet; er wird nach Thorn verlegt. Sein Nachfolger ist Męstowicz. Der tatsächliche Inspirator der Politik im Wilsnagebiet bleibt aber nach wie vor der Vertrauensmann Piłsudski, Hauptmann Pryster.

Polen will nicht begreifen.

Der polnische Außenminister Skirmunt erklärte einem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur, die Beziehungen Polens zu Sowjetrußland hätten sich in der letzten Zeit gebessert, da die Sowjetregierung mit der Erfüllung des Rigaer Friedens endlich ernst zu machen scheine. Um so überraschender sei der letzte von Pab gegen Polen erhaltene Armeebefehl Trotzki; er sei auf das Bestehen einer Minorität innerhalb der sowjetrussischen Regierungskreise zurückzuführen, die noch immer an der alten Politik festhalte, welche aber von der Majorität bereits aufgegeben sei. Gegenüber den Provokationen dieser Gruppe werde Polen ruhiges Blut und Besonnenheit bewahren.

Die Lage in der Ukraine.

Am 18. November wurden die Hauptkräfte des Partisanenführers Tjutunil von den Sowjettruppen im Südosten von Dnitsch (Wolhynien) umzingelt und bei dem Städtchen Bazar teilweise vernichtet, teilweise gefangen genommen, so daß die Truppen dieses Führers als endgültig liquidiert gelten können. Auffällig ist, daß jetzt aus neue aus Moskau von Kämpfen berichtet wird, während schon in der vergangenen Woche von sowjetamtlicher Seite erklärt wurde, daß die über die Grenze eingebrochenen Peiskura-Truppen völlig vernichtet und die Nachrichten über die Auslandsbewegung in der Ukraine frei erfunden seien.

Marokko in Wiesbaden.

Frankfurt, 21. November. Nach den Angaben der französischen Presse und des französischen Pressedienstes im besetzten Gebiet benehmen sich Frankreichs farbige Truppen im besetzten Rheinland außerordentlich gefittet und sind deshalb den weißen Franzosen in der Auffassung über ihre Kulturmission gleichzustellen. Daraus konnte man sich vor einigen Tagen erneut in Wiesbaden überzeugen. Unbekümmert des lebhaften Straßenverkehrs lagen mehrere marokkanische Soldaten in einer der belebtesten Straßen Wiesbadens mit Feuerwaffen der Jagd nach Weissen und Staren ob. Mit ihrer Jagdbente außerordentlich zufrieden, zogen sie grinsend von bannen, ohne daß jemand dem Treiben Einhalt gebot. Bekanntlich hat sich der französische Oberkommandierende der französischen Rheinarmee erst kürzlich wieder außerordentlich befriedigt und anerkennend über das Verhalten der farbigen Soldaten im besetzten Gebiet ausgesprochen.

Litauen in Amerika.

In Amerika veranstalteten die Litauer zahlreiche Kundgebungen, bei denen energisch gegen die polnischen Willkürakte in Wilna Einspruch erhoben wird. Die amerikanischen Staatsbürger litauischer Abstammung fordern von der amerikanischen Regierung im Rahmen der Menschlichkeit, daß sie der polnischen Willkür ein Ziel setze. Die amerikanischen Litauer protestieren gegen das Symphonie Projekt und verlangen, daß die litauische Regierung keinen Vertrag eingehe, der die Souveränität Litauens beschränke.

Die Gewerkschaften zu der Finanznot. Der Reichsfazler empfing heute Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, welche die durch die Presse bereits bekanntgewordene Forderung zur Behebung der Finanznot des Reiches überreichten. Die Vertreter der genannten Verbände erläuterten ihre Forderung eingehend. Die Stellungnahme der Reichsregierung wird in einer zweiten Sitzung bekanntgegeben werden, die binnen kurzem stattfinden wird.

Eisenbahnmateriale für Serbien. Der Staatsauschuh in Belgrad hat das Angebot der deutschen Regierung auf Rechnung der Kriegsententschädigung an Serbien Eisenbahnmateriale zu liefern, zur Kenntnis genommen. Deutschland verpflichtet sich, auf Reparationskonto 200 Schnellzug-, 200 Personenzug-, 100 Güterzug- und 50 schmalspurige Lokomotiven sowie 4000 Güterwagen und 2000 Personenwagen zu liefern und zwar ein Drittel bis März 1922, das übrige in den Monaten Mai und Juni.

Frankreich besteht auf Zahlung. Finanzminister Doumer erklärte gestern im Finanzausschuh des Senats, die Regierung werde von Deutschland die pünktliche Ausführung des Zahlungsplanes von London vom 5. Mai 1921 verlangen.

Französische Gnade. Am 5. Mai 1921 wurde der 46 Jahre alte kaufmännische Leiter der Pöcher Barwerke, Hans Burgmann, von einem Marokkaner ermordet. Die Witwe, die noch zwei Kinder im Alter von 9 und 12 Jahren zu unterhalten hat, stellte in Anbetracht der äußerst mißlichen Verhältnisse den Antrag auf eine Kapitalabfindung. Entsprechend dem Verdienst ihres Mannes und unter Berücksichtigung der ganzen Lage beantragte sie eine Entschädigung von circa 500.000 Mark. Das französische Kriegsministerium hat, wie die „Dona“ erzählt, ihr Gesuch statt abgewiesen und sie eine Auszahlung von 80.000 Mark „als Gnadenbeweis“ (à titre purement gracieux) fest, eine Summe, die noch nicht einmal den Jahresverdienst des Ermordeten erreicht. Die Witwe Burgmann hat nunmehr das deutsche Auswärtige Amt mit der Weiterverfolgung ihrer Ansprüche beauftragt. — Zur richtigen Beurteilung dieses Falles erinnere man sich an die Entschädigungen, die Deutschland anlässlich der Zerstörung des Sergeanten Mannheim in Berlin zahlen mußte.

Der Streik der Senatsangestellten.

Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 22. November 1921.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich das Haus wieder einmal mit der Straßenbahn. Von allen Seiten des Hauses wurde festgestellt, daß die Straßenbahngesellschaft dem Publikum nur wenig Entgegenkommen zeigt. Eine längere und zeitweise stürmische Auseinandersetzung brachte die Aussprache über den Streik der Angestellten. Es ist bezeichnend, daß der Senatspräsident Sahm keine bessere Auffassung von dem Koalitionsrecht hat und seine Zuflucht zu den verächtlichen Worten: „Wie ich es auffasse“ nahm. Präsident Sahm hatte keinen glücklichen Tag. Auf die schweren Anfragen der Arbeitervertreter mußte er nur ganz wenig zu erwidern. Die Rechte verhielt sich schweigend. Zum Schluß der heftigen Aussprache beharrte Sahm die Debatte, da sie einer Einigung wenig förderlich sei. Von Entlassungen könne jedoch keine Rede sein. Die amtliche Bekanntmachung ist demnach nur Bluff gewesen.

An Stelle des wegen Arbeitsüberlastung ausgeschiedenen Gen. Klosewski wurde Stadtv. Gen. Lehmann-Heubode in der üblichen Weise in sein Amt eingeführt. Alsdann wurden einige Ausschüsse gewählt. Der Verein „Danziger Heimatbund e. V.“ hatte die Aufgabe, heimkehrenden Kriegern die Anschaffung von Wohnungseinrichtungen zu erleichtern. Bisher ist noch ein Vermögen von 120 000 Mark vorhanden, das bei Auflösung des Vereins jagungsgeheim der Stadt zufallen soll. Der Verein hat beschlossen, sich aufzulösen und sein Vermögen dem Verein „Vereinsheimstätten für Krieger“ zu überweisen. Nach kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung damit einverstanden. Der Volkshochschule wurde für das Geschäftsjahr 1921/22 ein Zuschuß von 10 000 Mark bewilligt, da die Volkshochschule mit einem Fehlbetrag von 24 000 Mark rechnen muß.

Der Senat beantragte, daß nach Ablauf des Schulljahres 1921/22 mit einem allmählichen

Abbau des Oberlehrers der Viktoria-Schule II begonnen wird, so daß mit dem Schulljahr 1924/25 die letzte Klasse eingeht. Mit Beginn des Schulljahres 1922/23 soll die Viktoria-Schule I und II unter eine Leitung kommen. Der Abbau wird begründet mit der niedrigen Zahl der Schülerinnen, 1921 traten nur 8 Schülerinnen in die Anstalt ein.

Stadtv. Frau v. Korfleisch (Dnt.) war mit der Aufhebung nicht einverstanden. Der Freistaat gebrauche eine Lehrerinnenbildungsanstalt. Wenn auch im Freistaat der Lehrerinnenberuf überfüllt sei, so herrsche doch in dem abgelaufenen Winter ein großer Mangel an deutschen Lehrerinnen. Die deutsch-nationale Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Senator Dr. Strunk antwortete, daß durch die Aufhebung der Anstalt bedeutende Ersparnisse erzielt werden. Die Anstalt ist überflüssig, die Zahl der Schülerinnen geht von Jahr zu Jahr zurück. Der Lehrerinnenberuf ist so überfüllt, daß die Anwärterlisten geschlossen wurden. Der Bildungsgang der Lehrkräfte soll auf einer neuen Grundlage aufgebaut werden.

Stadtv. Falkenberg (Dnt.) bedauert die Aufhebung der Einrichtung und stellt den Antrag auf nochmalige Ausschussberatung der Vorlage.

Stadtv. Gen. Arczynski erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die Stadtverordnetenversammlung hat nicht Stabsinteressen,

sondern das Allgemeinwohl wahrzunehmen. Wenn es auch wünschenswert ist, daß die jungen Lehrerinnen nach Vommereisen gehen, so hat Danzig doch nicht die Aufgabe, für ganz Europa Lehrerinnen heranzubilden. Um Dankschulungen ist es schlecht bestellt. Es ist nicht zweckmäßig, für 8 Schülerinnen die Anstalt weiter bestehen zu lassen. Die Notwendigkeit der Schule ist nicht gegeben. Wir müssen uns einschränken bei unseren beschränkten Mitteln. Eine Ausschussberatung wird daran nichts ändern.

Stadtv. Gen. Meier (Dnt.) befragte die Beibehaltung der Anstalt.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird mit 26 gegen 17 größtenteils deutsch-nationale Stimmen abgelehnt, die Senatsvorlage alsdann angenommen.

Mitglieder in den Unterrichtsräumen der städtischen Handels- und höheren Handelsschule

hätten Gegenstand einer Anfrage von Stadtverordneten.

Stadtv. Frau v. Korfleisch (Dnt.) führte dazu aus, daß 500 Schülerinnen in 14 Klassen in verschiedenen Gebäuden untergebracht sind. Die Klassenräume sind nicht ausreichend. Rednerin wünschte, daß für die Schülerinnen ein Mindestalter von 15 Jahren vorgeschrieben wird.

Regierungsrat Thiel erkannte die Klagen über die Unzulänglichkeit der Schulräume als berechtigt an. Abhilfe könne nur ein Neubau bringen. Es sei beabsichtigt, die Handelsschule in das frühere Festungslager zu verlegen, doch müsse erst der Entscheid der Verteilungskommission abgewartet werden. Es soll erwogen werden, ob die Forderung eines Mindestalters für die Schülerinnen zweckmäßig ist. Die Anfrage war damit erledigt.

Beschwerden über die Straßenbahn hatten eine weitere Anfrage von Stadtverordneten verursacht.

Stadtv. Gabel (Dnt.) verlangte, daß die Linien Fischmarkt-Pennagasse und die Strecke nach Aniepsch wieder in Betrieb genommen werden. Kohlenmangel, der zur Einschränkung des Verkehrs geführt hat, bestehe nicht mehr. Der Senat solle seinen Einfluss geltend machen, daß die stützenden Linien den Verkehrsausschub beschleunigen. Die Straßenbahngesellschaft habe in den letzten Jahren dem Publikum wenig Entgegenkommen bewiesen. Redner wünschte die baldige Einführung des 10-Minuten-Verkehrs auf der Linie Danzig-Neufahrwasser.

Präsident Sahm erwiderte, daß die Inbetriebsetzung der stützenden Linien den Verkehrsausschub beschleunigen. Dieser setze einen Unteranschub ein, der die wirtschaftliche Lage der Straßenbahngesellschaft prägen soll. Die Straßenbahngesellschaft hat bereits einen Antrag auf eine Tarif-erhöhung eingereicht. Der 10-Minuten-Verkehr nach Neufahrwasser wird wahrscheinlich durchgeführt werden, doch gegen ihn ist es zweifelhaft, ob die stützenden Linien wieder in Betrieb genommen werden.

Stadtv. Winter (D. R.) betonte, daß die Wiederaufnahme des Verkehrs auf allen Linien keine Frage der Wirtschaftlichkeit, sondern eine Notwendigkeit sei. Er gab die Anregung, Wochenkarten einzuführen.

Stadtv. Dittschke (Dnt.) stellt fest, daß von der Straßenbahngesellschaft zur Hebung des Verkehrs nichts getan worden ist. Die Strecke Neufahrwasser werde besonders stiefmütterlich behandelt.

Stadtv. Klein (Z.) betonte ebenfalls das geringe Entgegenkommen der Straßenbahn. Schon vor 8 Wochen sei der 10-Minuten-Verkehr nach Neufahrwasser beschlossen worden, bisher aber nichts geschehen. Wenn eine Linie un-

rentabel ist, wird das durch die Senatsverwaltung und andere Stellen aufgegriffen.

Stadtv. Scheller (Dnt.) teilte mit, daß der Unteranschub eine halbe Million Unterbilanz bei der Straßenbahngesellschaft hat. Der 10-Minuten-Verkehr nach Neufahrwasser würde einen Zuschuß von 900 000 Mark, die Straßenbahn nach Pennagasse-Pennagasse einen solchen von 500 000 Mark verlangen.

Gen. Klosewski (D. R.) wünscht, daß endlich einmal der Straßenbahn wieder in Betrieb genommen werde, besonders trat er für die Inbetriebsetzung der Strecke nach Aniepsch ein.

Stadtv. Gen. Klosewski wies darauf hin, daß andere Städte ihre Verkehrsverhältnisse verbessern. Hier werden sie verschlechtert. Die Linien sind zum Teil erheblich gekürzt, andere Abgesagt. Auch zu günstigen Jahren habe die Gesellschaft über Unrentabilität geklagt und mit Hinweis darauf Forderungen der Angestellten abgelehnt. Redner wies auf den Liebeland hin, daß bei den Fabriken im Spätverkehr die Mühsal der Arbeiter nicht angemessen sei, der doppelte Fahrpreis gefordert wird. In anderen Städten sei man dem Publikum gegenüber viel entgegenkommender.

Stadtv. Klosewski (Z.) erklärte, daß die Klagen über die Straßenbahn erst dann aufhören, wenn das Unternehmen in städtische Hände überführt ist. Nach dem Friedensvertrag habe die Stadt das Recht, die Straßenbahn und die Straßenbahn in Besitz zu nehmen.

Senatspräsident Sahm antwortete, daß es nicht anginge, Staatsangelegenheiten in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln.

Stadtv. Scheller (Dnt.) warnt vor der Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt; andere Gemeinden hätten damit schlechte Erfahrungen gemacht.

Stadtv. Görtz (Z.) sprach sich für die Übernahme der Straßenbahn in städtischen Besitz aus.

Damit war die Aussprache beendet.

Die Zukunft der städtischen Betriebe.

Die drei Arbeiterfraktionen in der Stadtverordnetenversammlung hatten an den Senat folgende Anfrage gerichtet:

1. Ist der Senat bereit, Auskunft darüber zu geben, welche Verhandlungen in der Frage der Umwandlung der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke vom Senat oder einzelnen Senatoren geführt worden sind.

2. Willigt der Senat derartige Verhandlungen, welche darauf abzielen, kommunale Unternehmungen in private wirtschaftliche Gesellschaftsform umzuwandeln.

Stadtv. Klosewski (Z.) wies darauf hin, daß vielfach Gerüchte verbreitet sind, nach denen die genannten Betriebe in Privatbesitz übergehen sollen. Im Zusammenhang damit würden auch die Namen von Senatoren genannt, die ihre amtliche und geschäftliche Tätigkeit sehr gut zu verbinden wissen. Ähnlich wie im Deutschen Reich das Privatkapital die Eisenbahn an sich reißt, versuche man hier die städtischen Betriebe auszuhebeln. Im Verkehrsausschub hat man zu der Angelegenheit Stellung genommen, aber nur unzureichende Antworten erhalten. Festgestellt wurde, daß von Senatoren bei anderen Städten angefragt worden ist, welche Erfahrungen mit der Entkommunalisierung gemacht wurden. Klosewski wünscht eine prinzipielle Erklärung des Senats.

Präsident Sahm erwiderte, daß im Senat niemals darüber verhandelt worden sei, ob die Werke in Privatbesitz übergehen sollen. Auch in der letzten Sitzung des Senats sei die Frage ob solche Verhandlungen stattgefunden haben, verneint worden. Senator Jewelowski sei nicht anwesend gewesen. Es seien zwar Feststellungen über die Rentabilität

Das Fährlein der sieben Anfrechten.

Erzählung von Gottfried Keller.

(18) Fortsetzung.

Erstaunt sahen alle auf, und ein Strahl der Erlösung und Freude blitzte über alle Gesichter; nur der alte Bediger sagte streng: „Du! Wie kommst du hierher? Und wie willst du Geldschnabel ohne Erfahrung für uns Alte reden?“

Doch rings erscholl es: „Wohlgelant! Vornwärts! Vornwärts! Vornwärts mit dem Jungen!“ Und Frymann selbst gab ihm die Fahne; denn eine Zentnerlast fiel ihm vom Herzen, und er war froh, die alten Freunde aus der Not gerissen zu sehen, in die er sie hineingeführt. Und vorwärts ging es mit erneuter Lust; Karl trug die Fahne hoch und stützte sich voran, und hinten sah der Vortritt nach dem entschwindenden Trugbild, das ihn einen Augenblick getäuscht hatte. Nur Bediger war jetzt finster und mühsal, da er nicht zweifelte, sein Sohn werde sie doppelt tief ins Wasser führen. Doch sie hatten schon den Platz betreten; eben zogen die Greulhünder ab, ein langer Zug brauner Männer, und an ihnen vorbei und nach dem Klang ihrer Musik marschierten die Alten so taktfest als je durch das Volk. Nochmals mußten sie auf der Stelle marschieren, wie der technische Führer sagt, wenn man auf demselben Fleck die Bewegung des Marsches fortmacht, da drei glänzende Schützen, welche Bediger gewonnen hatten, mit Trompeten und Anhang ihren Weg kreuzten; doch das alles, verbunden mit dem heftigen Schleichen, erhöhte nur ihre feierliche Veranfassung, und endlich entbissen sie die Lippen angesichts des Gabeltempels, der mit seinen Schützen schimmerte und auf dessen Gängen eine dichte Menge Fahnen flatterte in den Farben der Kantone, der Städte, Landschaften und Gemeinden. In ihrem Schatten standen einige schwarze Herren, und einer davon hielt den gefüllten Silberpokal in der Hand, die Angewandten zu empfangen.

Die sieben alten Köpfe schwammen wie eine von der Sonne beschienene Eidechse im dunklen Volksmeer, ihre weißen Fährlein alteten in der lieblichen Düsternis und weichen nach der glücklichen Richtung, wie hoch oben die rot und weiße Fahne. Sie fielen wegen ihrer kleinen Zahl und wegen ihres Alters allgemein auf, man lächelte nicht ohne Achtung,

und alles war aufmerksam, als der jugendliche Fährdrich nun vortrat und frisch und vernehmlich diese Rede hielt:

„Liebe Eidgenossen!

„Wir sind da unser acht Mann mit einem Fährlein gekommen, sieben Greulhünder mit einem jungen Fährdrich! Wie ihr seht, trägt jeder seine Bürde, ohne daß wir den Anspruch erheben, absonderliche Schützen zu sein; zwar fehlt keiner die Scheibe, manchmal trifft auf einer das Schwarze; wenn aber einer von uns einen Zentrumschuß tun sollte, so könnt ihr darauf schwören, daß es nicht mit Fleck geschieden ist. Wegen des Silbers, das wir aus eurem Gabensaal forttragen werden, hätten wir also ruhig können zu Hause bleiben!“

„Und dennoch, wenn wir auch keine ausüblichen Schützen sind, hat es uns nicht hinter dem Ofen gelitten; wir sind gekommen, nicht Gaben zu holen, sondern zu bringen: ein bescheidenes Bekehrlein, ein fast unbeschädigtes fröhliches Herz und ein neues Fährlein, das wir in der Hand halten vor Vergewaltigung, auf eurer Fahnenburg zu wehen. Das Fährlein nehmen wir aber wieder mit, es soll nur seine Weiße der euch hollen! Seht, was mit goldener Schrift darauf geschrieben steht: Freundschaft in der Freiheit! Ja, es ist sozusagen die Freundschaft in Person, welche wir zum Feste führen, die Freundschaft von Vaterland wegen. Die Freundschaft aus Freiheitlichkeit! Sie ist es, welche diese sieben Fährköpfe, die hier in der Sonne schimmern, zusammengeführt hat, vor dreißig, vor vierzig Jahren, und zusammengehalten durch alle Stürme in guten und schlimmen Jahren! Es ist ein Verein, der keinen Namen hat, keinen Präsidenten und keine Statuten; seine Mitglieder haben weder Titel noch Rente, es ist unangeordnetes Stammbrot und dem Willkürschicksal der Nation, das jetzt für einen Augenblick vor dem Volk heraustritt, als die Sonne des Vaterlandstages, um gleich wieder zurückzutreten und mit zu räumen und zu bräusen mit den tausend anderen Kronen in der heimlichen Waldnacht des Volkes, wo nur wenige sich kennen und nennen können und doch alle vertraut und bekannt sind.“

„Schaut sie an, diese alten Kinder! Samtlich stehen sie nicht im Geruch besonderer Feilschaft! Spärlisch lächeln sie von ihnen in der Kirche! Auf geliebte Dinge sind sie nicht wohl zu sprechen! Aber ich kann euch, liebe Eidgenossen! hier unter freier Himmel etwas Seltsames anvertrauen: so oft das Vaterland in Gefahr ist, fangen sie ganz

sachte an, an Gott zu glauben; erst jeder leise für sich, dann immer lauter, bis sie einer dem andern verrät und sie dann zusammen eine wunderliche Theologie treiben, deren erstes und einziger Hauptsatz lautet: Gott der Herr, so hilft er! Gott! Auch an Freudenagen, wie der heutige, wo das Volk beisammen ist und es leicht ein recht brauner Himmel darüber, verfallen sie wiederum in diese theokratischen Gedanken, und sie bilden sich dann ein, der Herr Gott habe das Schwertepanzer herabgelassen um hohen Himmel und das schöne Wetter extra für uns gemacht. In beiden Fällen, in der Stunde der Gefahr und in der Stunde der Freude, hat sie dann plötzlich zugehört mit den Anfangsworten unserer Bundesverfassung: Im Namen Gottes des Allmächtigen und eine so langmütige Duldsamkeit befehle sie dann, so widerständig sie sonst sind, daß sie nicht einmal fragen, ob der katholische oder der reformierte Herr der Freischaren gemeint sei.“

„Nun, ein Kind, welchem man eine kleine Krone aus dem Schatz hat, angefüllt mit bunten Treuen, Mächtigkeiten und Weisheiten, kann nicht vernünftiger darüber sein, als sie aber das liebe Vaterland haben mit den tausend guten Dingen darin vom heimischen alten Recht auf dem Grunde seiner Seen bis zum wilden Vogel, der um seine Stätten flattert. Et was kümmelt da für verächtliches Volk im engen Raum, stummstumm in seiner Dummheit, in seinen Gebrauchen, in Tracht und Wappenstein! Welche Schatzkammer und welche Stundstücke laufen da nicht herum, welche Bedenklichkeit und welche Würde! Hört an, liebe Eidgenossen, und alles ist gut und verständig und aus dem Gedachten; denn es ist im Vaterland!“

„So werden sie nun zu Vorgesetzten, den Wert der lieblichen Dinge betrachtend und erdend; aber sie können über die wunderbare Last der Vaterlands nicht hinauskommen. Zwar sind sie in ihrer Jugend auch gerecht und haben vieler Herren Länder gesehen, nicht voll Kommen, sondern jedes Land ebenbürtig, in dem sie selber Hause fanden; doch die Wahlpraxis aller Länder: Jahre jedes Mannes Vaterland, aber das heimliche Liebel!“

„Wie stierlich und reich ist es aber auch gebaut! Je näher man es ansieht, desto reicher ist es geworden und gesprosselt, schön und dazwischen eine preiswürdige Dandigkeit!“

(Fortsetzung folgt.)

der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe gemacht worden, doch sei dies mit Rücksicht auf die Eisenbahnhauptverträge geschehen. Der Senat beschließt nicht, die städtischen Betriebe in Privatbesitz überzuführen.

Auf Antrag des Sen. Grünhagen wird in eine Besprechung der Anfrage eingetreten.

Stadt. Dr. Herrmann (D. P.) war von der Erklärung des Senats befreit. Im Namen des Senatsors Jemelowski gab er eine Erklärung ab, daß dieser von der Angelegenheit nichts wisse. Dr. Herrmann erklärte, daß er einer etwa beschlagnahmten Ueberführung der städtischen Betriebe in Privatbesitz nicht zustimmen werde.

Stadt. Sen. Grünhagen erklärte, daß auf Grund der Anfrage eine Erklärung abgegeben wurde; die Anfrage habe somit auch ihren Zweck erfüllt. Es sei aber doch sonderbar, daß sich Senator Hünge an andere Städte wegen der Wirtschaftlichkeit der kommunalisierten Betriebe gewandt habe. Redner wies dann auf die Beziehungen einiger Senatoren zu der Teuerungsverwertungs-Gesellschaft hin. Diese Gesellschaft versucht, städtisches Gelände an der Gaskanal in ihren Besitz zu bringen. Einer der Hauptbeteiligten, Hünge, hat jedoch sein großes Ackerland an Polen verkauft. Wenn man die Zusammenhänge dieser Geschäfte erkennt, erlaßt sich ein eigenartiges Bild. Die Anfrage in Hannover ließ vermuten, daß sich das Privatkapital an die städtischen Betriebe heranmachen will.

Stadt. Kunze (H. S.) drückte sein Bedauern darüber aus, daß in dem Ausschuss jeder neu gegründeten Wirtschaftsgesellschaft Senatoren sitzen.

Stadt. Ruhn (H. S.) wies daraufhin, daß Senatoren amtliche Kenntnisse mitbringen, um sich Vorteile zu verschaffen. So sei der Monierherrenpark für einen Spottpreis an Jemelowski verpachtet worden. Redner verlangte, daß alle Verpachtungen ausgeschrieben werden, und kritisierte ferner, daß sich bauräumliche Senatoren in den Ausschuss privater Unternehmungen wählen lassen.

Präsident Sahm erklärte, daß es nur erwünscht sei, wenn Senatoren zum Wohle der Stadt in privaten Unternehmungen mitwirken. Redner gab dann Auskunft darüber, wie die Verträge zustande gekommen sind.

Nach einer kurzen Erklärung des Senatsors Pötte über die Maßnahmen bei Verpachtungen war die Aussprache beendet.

Bei der ersten Sitzung des Haushaltsplanes der Stenerverwaltung bemängelte Stadt. Sen. Grünhagen, daß sich aus dem Etat die Höhe der persönlichen Verwaltungskosten nicht feststellen lassen. Die Viersteuer bringe nur 24000 Mark ein, damit seien doch kaum die entstehenden Kosten gedeckt.

Steffen Galsch sagte eine überhöhlte Aufstellung des Etats zu und erklärte, daß eine Veranschlagung der Viersteuer im Ausschuss liegt.

Stadt. Over (H. S.) rügte, daß die Stenerverwaltung bei dem Einleiden der Steuern so schicksallos vorgeht.

Der Etat der Stenerverwaltung wurde mit 27 gegen 10 Stimmen angenommen.

Der Haushaltsplan ist nach Ansicht des Stadt. Dr. Herrmann (D. P.) ein erfreuliches Bild, da der Aufwuchs nur 2,1 Mill. Mark beträgt. Präsident Sahm erklärte jedoch, daß die Bilanz bedeutend größer wird, da die Erhöhung der Beamten- und Angestelltengehälter einklärt Millionen verschlingen werde.

Der Streik der Angestellten.

Stadt. Kunze (H. S.) betonte, daß seine Fraktion den Etat ablehnen werde, weil sie kein Vertrauen zum Senat habe; dieser habe unter Nichtachtung der Verfassung den Angestellten die Koalitionsfreiheit nehmen wollen. Redner wandte sich gegen die amtliche Bekanntmachung, nach welcher jeder Streikende als entlassen gilt, und kritisierte: Dann die Unbilligkeit des Senats, der das Vertragsverhältnis von Klammer und Carlson habe beibehalten lassen. Es sei kennzeichnend, daß die Senatsvertreter dem Vertragsentwurf nach städtischen Verhandlungen angenommen haben, der Senat jedoch nach der Unterredung mit den Vertretern der Großindustrie, den Vertrag ablehne.

„Wie ich es anstelle!“

Senatspräsident Sahm: Das Koalitionsrecht ist nicht beschränkt worden. Unter Koalitionsrecht — wie ich es anstelle — versteht man die Vereinigung zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile. Wer streikt, ist in den Dienstvertragsverhältnis (Rechtlicher Widerspruch bei der Pensen.) Die

Entlassungen sind noch nicht erfolgt. Redner behauptet, daß der Senat von der Großindustrie ein Gutachten über den Tarifvertrag verlangt habe. (Lärm: Der Schlichtungsausschuss hat dies schon!) Die Vertreter waren inzwischen zum Senat gekommen und angehört worden. Es wird kein Druck auf die Arbeitslosen ausgeübt, in die Stellen der Streikenden einzurücken.

Abg. Sen. Spill erklärte, daß Misstrauen gegen den Senat sei berechtigt, und erinnerte an das Votum vom 4. August, wo der Senat die Arbeiterführer als Verbrecher und Heber beschimpfte. Nur der spirituellen Schafgeld der Danziger Arbeiter ist es zu verdanken, daß bisher alles ruhig geblieben ist. Die Angestellten haben nur von ihrem Recht, das in der Verfassung garantiert ist, Gebrauch gemacht. Redner verurteilt, daß Professor Nos den Schlichtungsausschuss, der für Arbeiter einen Stundenlohn von 1,50 M. vorschlug, abgelehnt hat. Der Senat vertritt gegenüber dem Koalitionsrecht einen Standpunkt, wie ihn die reaktionären Arbeitgeber von 20 Jahren einnahmen. Ein Teil der Angestellten verdient diese Behandlung, weil sie den Weg zur Organisation nicht gefunden haben. Der Wind, der durch den Senat entpustet wird, könne leicht zum Sturm werden. Redner rief dem Senat, die Warnungsrufe der Arbeitervertreter zu beachten und sich einmal in die Gedanken und Gefühle der Arbeiterschaft hineinzuversetzen.

Stadt. Kunze (H. S.) stellte fest, daß die Ansicht Sahms über das Koalitionsrecht falsch ist. Wenn 20 Wochen verhandelt werden müßte, sei es, daß der Senat ein Schlichtungsausschuss mit ihm. Der Senat habe das Versprechen, die Verhandlung mit den Angestellten in kurzer Zeit zum Abschluss zu bringen, nicht gehalten.

Präsident Sahm erklärte, daß die Ursache des Streiks nicht Forderungen, sondern die Anerkennung des Manteltarifs sei. Ueber die Höhe der Gehälter sei man einig. (Widerspruch bei der Pensen.) Redner hofft, daß es bald zu einer Einigung kommen werde.

Stadt. Ruhn (D. P.) stellte fest, daß der Senatsbeschluss das Verhandlungsergebnis bedeutend verschlechtert habe. Die Forderungen seien nicht rechtlos bestritten. Die Angestellten seien in letzter Stunde eine Gruppe tiefer gestellt worden. Vor allem sei der Schlichtungsausschuss vom Senat ausgeschaltet. Der Senat sei von Carlson und Klammer abgelehnt, die ihre niedrigeren Stundenlöhne von 2,00 und 2,50 M. rühen wollten. Auch in der nächsten Sitzung werde über diesen Punkt nicht verhandelt werden sollen.

Stadt. Ruhn (H. S.) betont, daß der Begriff des Koalitionsrechts bei der Schaffung der Reichsverfassung hinreichend geklärt wurde, und selbstverständlich auch das Streikrecht einschließe. Redner brachte dann eine Entschließung ein, die dem Senat auf das verfassungsmäßige Koalitionsrecht hingewiesenermaßen zu achten, sowie Anklagen und Forderungen mit Entlassung bei Streiks zu unterlassen. Weitere Ausführungen Ruhn beschlagnahmte sich alsdann mit der Schlußworte und der Einwohnerwehr.

Präsident Sahm stellt die Verantwortung der Fragen bei der Beratung der Einzelrats in Aussicht.

Stadt. Ruhn (D. P.) gab eine Erklärung ab, daß der Stadt. Ruhn nur für seine Person und nicht im Auftrage der Fraktion gesprochen habe. (Rebhafter Lärm, hört!)

Der Haushaltsplan wurde schließlich mit 19 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Entschließung des Stadt. Ruhn wurde in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Von den Bürgerlichen stimmten nur die Stadt. Brüngen II und III für die Entschließung.

Gegen 10 Uhr wurde der Rest der Tagesordnung verlesen.

Soziales.

Ein Konsumgenossenschaftliches Kaufhaus.

Wenn eine Konsumgenossenschaft eine neue Verkaufsstelle eröffnet, so ist das ein Zeichen erfreulichen Anwachsens. Wenn aber dieselbe Genossenschaft ein Warenhaus eröffnet, so ist das ein für alle Genossenschaftler bedeutendes Ereignis, das weitgehende Beachtung verdient.

In Charlottenburg in der Rosinenstraße 4 hat nun soeben die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung ein Warenhaus eröffnet, das in der Tat diesen Namen voll und ganz verdient. Zwar hat die Genossenschaft bereits in der Brunnenstraße 188 und in der Mei-

nisdorfer Straße 21 Geschäfte, die wohl auf den Typ des Warenhauses hinarbeiten, aber infolge räumlicher Begrenztheit sich nicht ausdehnen können. In Charlottenburg nun ist, wie man feststellen kann, der Warenhaustyp zur reinsten Ausbildung gelangt. Man bekommt dort, wenn man die in demselben Hause befindliche 145. Verkaufsstelle hinzurechnet, so ziemlich alles das, was unseren Frauen und Männern den Einkauf in einem Warenhaus so angenehm macht.

Nur Frage der Arbeitslosenversicherung.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist dort der Referentenentwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung am 14. und 15. d. Mts. mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend beraten worden. Die Beratung ergab eine weitgehende Uebereinstimmung der Verbände mit den Grundlinien des Entwurfs, der übrigens bereits auch die grundsätzliche Zustimmung der Länder und des Deutschen Reichstages gefunden hat. Es kann angenommen werden, daß die Reichsregierung nunmehr in der Lage sein wird, in nächster Zeit den amtlichen Entwurf des Gesetzes aufzustellen und an den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat gelangen zu lassen.

Günstige Erfahrungen mit dem Achtstundentag.

Die Gewerkschaftliche Rundschau entnimmt dem Jahresbericht der Reichlichen Gewerkschaftsbeamten für 1920 folgende Mitteilungen über günstige Erfahrungen mit der achtstündigen Arbeitszeit:

Aus dem Regierungsbezirk Rauten wird mitgeteilt, daß dort eine Leinwandweberei nur fünf Tage zu je acht Stunden am Tage arbeiten läßt, weil die Erzeugung an den Werkstätten ganz erheblich gestiegen ist und jetzt in fünf Tagen daselbst erzielt wird, wie früher in sechs Tagen. — In der Stricker-Abteilung dieses Unternehmens wird jetzt nicht nur in acht Stunden daselbst erzielt, wie früher in zehn, die Arbeiten sind jetzt auch viel sauberer, weil bei der kürzeren Arbeitszeit Müdigkeit und Nerven nicht in dem Maße angestrengt werden wie früher bei einer zehnstündigen Arbeitszeit. — Ein Glasfabrikbesitzer in demselben Bezirk hat befunden, daß die Stillstandsarbeiter jetzt bei 8 Stunden daselbst leisten wie in der längeren Arbeitszeit vor dem Kriege. — Eine Baugewerkzeugfabrik hat einwandfrei festgestellt, daß durch die Einführung des Achtstundentages zwar die Gesamtleistung etwas zurückgegangen, die stündliche Arbeitsleistung jedoch erheblich gestiegen und noch im Steigen begriffen ist. — Erwähnt sei noch die Einführung eines Direktors einer großen Holzwarenfabrik im Meißener Bezirk, der betonte, die Einführung des Achtstundentages „sei keineswegs eine der Industrie schädliche Errungenschaft“.

Aus der Geschäftswelt.

Die Weltfirma Carl Zeiss, Optische Werkstätten in Jena, beging am 17. November 1921 ihr 75 jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß gab die Thüringer Verlagsgesellschaft und Druckerei G. m. b. H., Jena, eine 32 seitige illustrierte Jubiläumssnummer heraus, die in jeder Hinsicht der Bedeutung der Firma gerecht wird. Anerkannte Persönlichkeiten, wie der bekannte Jenaer Physiker Professor Auerbach, Professor Straußel-Jena, der geistige Urheber des für die Thüringer Industrie so wichtigen Saalekaliperrenprojektes, Professor Willbrandt-Lübingen und viele andere hervorragende Wissenschaftler und Volkswirtschaftler wurden vom Verlag als Mitarbeiter gewonnen. Ihre Aufsätze sind für jeden von Wert, der dem großen und eigenartigen Werke Abtes teilnehmend gegenübersteht und die Bedeutung dieses Großbetriebes zu schätzen weiß. Der Verlag versendet die Jubiläumssnummer an Interessenten zum Preise von 2 Mark einschließlich Porto.

Bücherwarte.

Unsere Genossen ersuchen wir, sich unserer Buchhandlung für den Weihnachtseinkauf zu erinnern. Sie finden für jung und alt etwas Passendes zu angemessenen Preisen. Die Buchhandlung befindet sich Spandauer 6 und Illiale Paradiesgasse 32.

Danziger Mennoniten in der Ukraine.

II.

Am 31. Oktober 1788 machten sich die beiden Deputierten auf den Weg; die Fahrt auf dem Schiffe von Danzig bis Riga dauerte acht Tage, von Riga fuhren die beiden Männer per Schlitten bis zur Stadt Cherson am Dnjepr. Hier wurde das Winterquartier aufgeschlagen und während des Winters wurde die Umgebung weit und breit durchstreift, um eine möglichst günstige Gegend zur Ansiedlung zu wählen. Ihre Wahl fiel schließlich auf die Gegend am linken Ufer des Dnjepr, wo sich die Konstaja mit dem Dneprfluß vereinigt und der große Weg nach der Halbinsel Krim vorüberführt. Im Frühjahr 1787 unternahmen dann die beiden mennonitischen Beauftragten die weite und beschwerliche Reise von Cherson nach Petersburg, um mit der russischen Regierung die gegenseitigen Bedingungen und Verbindlichkeiten zu vereinbaren. Es wurden „20 ständige Punkte“ unterbreitet, wie ungehinderte Religionsübung, Anweisung von 60 Desjatin Land (1 Desjatin russ. = 109,25 A.) für jede Familie, eine zehnjährige Befreiung von allen Abgaben, Erlaubnis zum Bau von Fabriken, Vorbehalt von 500 Rubel auf jede Familie laut Manifest vom 22. Juli 1763, Befreiung auf alle Zeiten vom Kriegsdienst ufm.

Nachdem die Unterhandlungen mit der Regierung abgeschlossen und die Angehörnisse schriftlich festgelegt waren, was acht Wochen in Anspruch nahm, trafen die beiden Deputierten die Heimreise nach Preußen an; sie trafen an einem Sonntag kurz vor Martini wieder in Danzig ein.

Sieben Familien, der eine der Deputierten mit den Frauen an der Spitze, rüsteten jetzt eifrig zur Ueber-

siedelung nach Rußland. Damit war der Anfang einer regulären Einwanderung der Danziger, überhaupt der preussischen Mennoniten, gemacht. Die erste Abreise erfolgte am 1. Osterfesttage (22. März 1788) von dem Dorfe Hohnsack aus per Rufe. Nach fünfwöchiger Wanderung erreichte man Riga, wo eine vierwöchige Rast gemacht wurde, damit die durch die lange und beschwerliche Reise ausgeemergelten Tiere wieder zu neuen Kräften kommen konnten. Das nächste Ziel war Dubrowna. Weil Rußland um jene Zeit mit den Türken im Kriege lag und die zur Ansiedlung bestimmte Gegend vor Kriegsunruhen nicht sicher war, auch die Ankunft der Nachkommen erwartet werden sollte, mußten die Einwanderer hier die ihnen von der Regierung eingeräumten Winterquartiere beziehen; unterdessen rüsteten in Preußen immer neue Scharen zur Auswanderung; es fanden sich in Dubrowna nach und nach 238 Familien ein. Im Frühling 1789 verließ die ganze große Gesellschaft ihre Winterquartiere, um die Reise nach dem neuen Heimatort fortzusetzen. Viele fuhren auf Wagen, die sie sich für eriparte Unterstützungsgelder angeschafft hatten und nahmen andere, die keine Fuhrwerke besaßen, gegen Bezahlung mit, der Auswandererrest wurde auf Holzflößen den Dneprstrom hinuntergebracht.

Wenige Wohlhabende führten zugleich ihr Gepäck mit, die meisten hatten ihre Sachen, in Kisten und Kisten verpackt in Danzig dem russischen Konsul zur Beförderung übergeben. Im Juli 1789 erreichte der erste Einwanderertrupp seinen Bestimmungsort. Ein langes, breites Tal, von hohen Bergen eingeschlossen, gähnte sie an. Dazu bot sich ihnen auf der Talsohle der traurige Anblick eines inmitten einer unfruchtbar-

ten Gegend gelegenen und zerstörten Dorfes dar, von dem als Zeugen einstiger menschlicher Tätigkeit nur noch Ruinen, Schutthaufen und drei oder vier zur Not bewohnbare Hütten zurückgeblieben waren. Ringsum weit und breit kein lebendiges Wesen, kein Baum, kein Strauch. Nachdem man jedoch die Gegend weiter in Augenschein genommen und genauer untersucht hatte, behaupteten mehrere der Einwanderer, daß dieses Land dem besten in Preußen gleichkäme, und man bekam wieder Hoffnung und Mut.

Inzwischen war auch das Gepäck der Einwanderer, das die russische Obrigkeit befreit hatte, eingetroffen, aber anstatt der so sehr schätzten erwarteten Kleidungsstücke, Hausgeräte usw. fand man in den Kisten meist nur Steine und allerlei wertlosen Ballast. Infolge der ungünstigen Lebensverhältnisse, in welche die Einwanderer bei ganzlichem Mangel an einem schützenden Obdach, ohne jeglichen ärztlichen Rat und Hilfe, gesetzt waren, brach die rote Ruhr unter ihnen aus, welche viele der Besten hinwegraffte. Erst als eine Anzahl Erbhütten gebaut waren, wurde es ein klein wenig besser. In der Umgebung stellte sich auch bald viel Diebesgesindel ein, das den Eingewanderten in frecher Weise das wenige raubte, was noch bei und da an nützlicher Habe übrig geblieben war, insbesondere war es auf die Pferde abgesehen und eines nach dem anderen verschwand auf immerwiedersehen. Als das von der Obrigkeit angelegte Bauholz in großen Flößen zusammengebunden ankam, bot auch dieses den Freiheutern erwünschten Gang; in hellen Haufen kamen sie zur Nachtzeit herangefahren, vertrieben durch einen Hagel von Steinwürfen die Wächter, lösten sich kleinere oder größere Holzpartien los und fuhren in größter Gemütsruhe abwärts. (Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Was uns von dem bürgerlichen Sport trennt.

Wir begegnen heute in breiten Arbeiterkreisen vielen Menschen, die es mit ihrer Arbeiterschaft nicht allzu genau nehmen. Sie sind Gewerkschaftler, vielleicht auch politisch organisiert und in einer sozialistischen Partei Mitglied, und finden es daneben ganz richtig, daß sie gleichzeitig auch Mitglied eines bürgerlichen Turn-, Sport- oder Gesangsvereins sind. Welche ungeheure Gegensätze liegen darin! In der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit in der Werkstatt oder auf dem Bureau vielleicht „Küßlingssohn“ Klassenkämpfer und abends in Gesellschaft Nachläufer und Verschießer Spielbürgerlicher und reaktionärer Bestrebungen in jenen Vereinen. Dies nennen diese Leute Konsequenz, und dabei ist es die größte Unmoral eines Arbeiters. Prompt vernimmt man von ihm die Antwort: Turnen, Sport und Gesang sind durchaus unpolitisch und gesellschaftlich kann man sich bewegen, wie es einem beliebt. Dieses haltlose Tun kennzeichnet den Geist jener Leute ohne Weltkenntnis, und die Arbeiterschaft kann auf jene nicht stolz sein, die in Gesellschaft ihre Ehre verkaufen.

Viele wissen ja nicht, was sie tun; denn Klassenbewußtsein ist ihnen fremd geblieben; feig und mit falscher Scham stehen sie abseits ihrer Klasse, um in bürgerlicher Gesellschaft die Geduldeten zu spielen.

Manche vergessen in ihrer Eingekerkeltheit für diesen oder jenen Fußballklub, daß sie als Mitglieder des Staates auch noch andere Pflichten haben, und sie stellen leider zu Tausenden mit das große Meer der politisch und gewerkschaftlich Indifferenten, zum Nutzen des Kapitalismus, dessen Klauen jene Leute willentlich ergaben sind.

Nun geben all diese Sportklubs, die großen und die kleinen, haufenweise mit dem Leisern: „Für Jugend, Gesundheit und Körperpflege!“ Und in Wirklichkeit vergiften sie mit ihrer Sportfertigkeit gesunden Geist, Idealismus und Gemeinsinn, die Träger des Sozialismus.

Und was erlebt man in der deutschen Turnerschaft? Sehr viele Arbeiter und Angestellte zahlen dort ihre Beiträge zum Kampf gegen den Sozialismus, turnen und spielen auf ihren Turn- und Sportplätzen zusammen mit Monarchisten und Palenkriegern unter dem allbewußten schwarzweißroten Banner! — Welch widerliches Handeln!

An alle, die uns fernstehen und so ihrer eigenen Sache schaden, geht nun der dringende Ruf: Geht in euch, verachtet dieses Doppelspiel, und fällt die Reiben der Arbeiterturn- und Sportvereine!

Mach frei dich von spieghelhafter Fasslichkeit,
Sei nun ein Mann mit steter Klarheit,
Mach frei dich erst von feindseligen Gewalten,
Wird sich ein frei und stark Geschlecht entfalten.

Zum Streik der Senatsangestellten

erfahren wir, daß der Senat seine Entlassungsdrohung zurückgezogen hat. Das Eintreten der Angestellten für ihre Forderung hat den Verkehr in den städtischen Bureau zum größten Teil lahmgelegt. Die Angestellten-Gewerkschaften verhandelten heute vormittag mit den beiden Präsidenten des Senats über die Forderungen der Angestellten. Es gelang, über die wichtigsten Punkte eine Verständigung zu erzielen, so daß die Aussicht besteht, den Streik in Kürze zu beenden. Sollten die streikenden Angestellten in der heutigen Vollversammlung die Gegenanträge des Senats annehmen, so dürfte der Streik als beendet anzusehen sein.

Ein Schieberprozeß.

Angeschuldigt waren der Kaufmann Arthur Zahn, der Buchhalter Gustav Küster und der Kaufmann Hermann Nissel in Danzig. In der Verhandlung waren eine Anzahl Zeugen von der Westpr. Materialverwertungsgesellschaft geladen. Der damalige Leiter der Expeditionsteilung der Gesellschaft, der Abgeordnete Nahn, bezeugte als Zeuge, daß sich im September 1919 das Gerücht verbreitete und erhielt, ein Waggon Bronzemetal sei von der Danziger Werft aus durch die Materialverwertungsgesellschaft verschoben worden. Er prüfte daraufhin die Bücher auf der Werft und in der Gesellschaft und fand hier alles in Ordnung. Das Gerücht erhielt sich aber weiter und er versuchte, dahinter zu kommen. Der Angeklagte Nissel kam dann zu ihm und beschwerte sich, daß er kein Metall mehr erhalte, während andere Metall erhielten. Nahn erwiderte, daß nach Berlin angeordnet worden sei, jetzt kein Metall mehr nach Danzig zu verkaufen und das sei auch nicht geschehen. Nissel hatte einen Zettel bei sich und sagte, er habe hier die Nummer des Waggon, mit dem jetzt Metall nach außerhalb verschickt wurde. Er weigerte sich aber, die Nummer anzugeben. Nahn erhielt aber Kenntnis von der Nummer und stellte nun weitere Nachforschungen an. Damals vermutete die Berliner Regierung, daß die Hollarmerie in Danzig lauden könne. Aus diesem Grunde sollte so viel Metall als möglich aus Danzig fortgeschafft werden. Es wurden drei Waggon Metall an eine Expeditionsfirma in Stettin geschickt. Einer dieser Waggon trug die Nummer, die Nissel angegeben hatte. Es wurde in Stettin nachgefragt, und festgestellt, daß dort nur zwei Waggon angekommen sind. Auf dem Güterbahnhof Vergetor wurde festgestellt, daß der Waggon angeblich ordnungsmäßig abgegangen ist, aber nach Berlin an Vachmann. Welche Rolle lag ein Frachtbrief der Materialverwertungsgesellschaft vor. Es wurde weiter festgestellt, daß ein dieser Waggon mit Metall an Vachmann verkauft hat und daß der zweite Frachtbrief gefälscht war. Dann machte der Zeuge der Kriminalpolizei Anzeige.

Eine völlige Aufklärung und Entdeckung aller beteiligten Personen ist nicht gelungen. Küster war damals Vorarbeiter bei der Materialverwertungsgesellschaft und bei der Expedition tätig. Die näheren Umstände der Verschlebung sind nicht bekannt geworden. Die Angeklagten suchen nach Möglichkeit zu leugnen. Küster will lediglich den Auftrag eines Angestellten der Gesellschaft namens Kübler ausgeführt haben. Doch niemand kennt diesen Angestellten. Zahn war im Kriege und hat etwas an den Nerven gelitten. Er machte dann gute Geschäfte und soll einen Jahresumsatz von 700.000 Mark gehabt haben. Nissel wollte mit einem Schied 80.000 Mark an einen Angestellten Neßberg für diesen Waggon be-

zahlen. Dieser nahm das Geld als Gegenwert für die Gesellschaft an. Küster will 24.000 Mark an den unbekannten Subjekts bezahlt haben. Zahn will 21.000 Mark an den unbekannten Subjekts bezahlt haben. Das Geld soll auf die Gesellschaft an zahlen und Nissel will das Geld nur auf die Gesellschaft bezahlt haben. Der Waggon scheint auch noch beschoben worden zu sein. Nach dem ersten Frachtbrief wog er 10.800 Kilo, nach dem gefälschten Frachtbrief nur 10.650 Kilo. Ein Angehöriger der Gesellschaft veranlaßte im Januar/Februar einen Bierabend, der etwa 500 Mark kostete. Der Bierabend war, die Eisenbahnbeamten und sonstigen Geschäftsfreunde gefügiger zu machen. Vorher bekam man keine Waggon und nach dem Bierabend ging alles glatt. In diesem Bierabend nahm auch Küster teil. Etwa 18 Personen waren geladen. Nissel meinte, er habe zu dieser Veranstaltung die Genehmigung der Gesellschaft gehabt. Nahn erklärte hierauf, daß es erlaubt wurde, den Beamten ufm. bei Gelegenheit eine Jagarre, oder ein Glas Bier zu spendieren, nicht aber einen Bierabend zu veranstalten. Als diese Rechnung vorgelegt wurde, habe er Krach gemacht.

Nach der Anzeige sollte Nissel den zweiten Frachtbrief gefälscht haben. Er bestreitet das entschieden. Ein Schreibsachverständiger hält den Angeklagten für den Schreiber, ein anderer nicht. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Zahn und Küster haben den Diebstahl an dem Waggon Metall begangen. Das Gericht glaubt nicht, daß ein Subjekt vor-

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung der „Danziger Volksstimme“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat Dezember zum Preise von 6 Mark einschl. Zustellungsgebühr bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.

Verlag Danziger Volksstimme, An Spruhens 6

handen ist. Jeder der beiden wird zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Nissel wird wegen der Urkundenfälschung freigesprochen. Das Gericht hat nicht den Eindruck, als ob Nissel der Schreiber ist. Im übrigen aber glaubt das Gericht, daß Nissel die ungerechte Herkunft des Waggon erkannt und sich der Begünstigung schuldig gemacht hat. Gegen ihn wurde auf 8 Monate Gefängnis erkannt. Der Staatsanwalt hatte Freisprechung beantragt.

Für Jenkau. Die durch die Volks-, Mittel- und höheren Schulen sowie Fachschulen veranstaltete Sammlung zur Anbringung von Mitteln zum Ausbau der Langenheilstätte Jenkau hat den Betrag von 85.754,04 Mark ergeben.

Pferde-Auktion in Langfuhr. Western fand in Langfuhr die Versteigerung der dem Freistaat gehörigen Gesellschaft statt. Als Käufer waren nur Pferdebesitzer oder deren Vereinigungen aus dem Freistaat zugelassen, so daß das wertvolle Pferdmaterial dem Freistaat erhalten geblieben ist. Die Pferde erzielten insgesamt einen Preis von über 5 Millionen Mark. Den höchsten Preis erzielte ein 1914 in Ostpreußen geborener Dunkelstuch mit 305.000 Mark.

Technische Hochschule. Die Vorlesungen über russische Sprache werden nunmehr wieder abgehalten werden, nachdem für den am 1. Oktober d. J. ausgeschiedenen Staatsrat v. d. Bergen der Studienrat Woldemar Puhm zum Rektor für russische Sprache an der hiesigen Hochschule vom Senat der freien Stadt Danzig, Abt. für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ernannt worden ist.

Ferner wird Prof. v. Bodemann eine neue Vorlesung über „Wirtschaftsgeographie Polens“ abhalten.

Ein Färbegesäß als Einbrecher. Der Färbegesäß Gerhard Obernig entwich aus der Anstalt und verübte mit einem Neuhauer einen Einbruchdiebstahl. Sie stahlen dabei 1800 Mark und Wertgegenstände. Neuhauer ist bereits zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Obernig stand nun vor der Strafkammer. Er hat sich inzwischen freiwillig in der Anstalt wieder eingefunden und sich selbstem auch gut geführt. Das Gericht verurteilte ihn wegen Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis, wollte ihm aber noch Gelegenheit geben, ein ordentlicher Mensch zu werden und setzte die Strafe auf 8 Jahre aus. Führt er sich bis dahin gut, so wird sie ihm erlassen.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Ein Margarine Diebstahl aufgedeckt. Der Schutzpolizei ist es gelungen, einen großen Margarine Diebstahl aufzudecken und die Täter sowie Fehler hinter Schloss und Riegel zu bringen. Es handelt sich um ein Objekt von mehreren tausend Mark.

Auf der Straße niedergelassen. Am Sonntag morgen kam in der Heiligengeistgasse, Ecke Goldschmiedegasse ein Mädchen polnischer Nationalität nieder. Da nicht gleich ein Arzt oder Hebammen zur Stelle war, entledigte sich ein Beamter der Schutzpolizei seines Uniformrockes, wickelte das Kind hierin ein und schaffte Mutter und Kind mittels Sanitätswagens in das Institut. — Ein gleicher Fall ereignete sich am Abend in Langfuhr, Brunshöferweg; auch hier sorgte ein Schutzbeamter für Überführung von Mutter und Kind in das Institut.

Polizeibericht vom 23. November 1921. Verhaftet: 18 Personen, darunter: 8 wegen Schmuggels, 3 wegen Betrugs, 2 zur Festnahme aufgegeben, 10 in Polizeihast. — Obdachlos: 3 Personen.

Aus dem Osten.

Wegen Vatermordes verurteilt. Ein Familien-drama nach Sonnenabend vor der Strafkammer in Rosenberg, Ostpreußen, zur Verhandlung. Der erst 18 Jahre alte Vesperjohn Artur Habel aus Neumühlbach bei Sedlitz stand unter der Anklage, seinen eigenen Vater mit voller Ueberlegung ermordet zu haben. Mitangeklagt war sein Freund, der ebenfalls 18 Jahre alte Eduard Kratke aus Neumühlbach. Der Ermordete führte zu Hause ein strenges Regiment und soll seine Frau und Kinder aus nichtigen Gründen wiederholt geschlagen haben. Die Mitangeklagten sollen den 18-jährigen Sohn zu der Mordtat veranlaßt haben. Sein Freund Kratke ließ sich zur Mithilfe überreden. In der Nacht zum 2. August brangen beide in das Schlafzimmer des alten Habel ein und töteten ihn durch Schläge mit der Axt und einer Wagnerrunde. Die Leiche wurde in dem Walde vergraben, wo sie von Schülfern gefunden wurde. Die Angeklagten wurden alsbald verhaftet. Die Mutter glaubt, daß der Sohn die Tat nur aus Verzweiflung über die harte Behandlung durch den Vater begangen habe. Das Gericht erkannte für beide Angeklagten auf die Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis.

Kleine Nachrichten.

Jugenzusammenstoß. Am Dienstag mittags ist bei gegen 8 Uhr fällige Personenzug aus Chemnitz im Hauptbahnhof Leipzig auf den Bremschritten gestoppt. Durch den Knurrall wurden drei Reisende schwer und mehrere andere leicht verletzt.

Brand in einem Forsthaus. Vorgefunden am Abend brach in dem einsam gelegenen Forsthaus Elba bei Büneburg ein Brand aus. Drei Kinder des Försters — ein Knabe von drei Jahren und zwei Mädchen von 12 bzw. 16 Jahren — kamen in den Flammen um. Drei andere Kinder wurden gerettet.

Neue blutige Unruhen in Irland. Die aus Belfast gemeldet wird, haben sich neue Zusammenstöße ereignet, bei denen eine Person erschossen und zahlreiche verwundet wurden. Trippen haben die Stadtteile, in denen die Unruhen vor sich gehen, besetzt. Das Schießen dauerte fort bis zehn Uhr abends und wurde bei Tagesanbruch fortgesetzt.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. Frauenkommission. Am Mittwoch, den 23. Nov., abds. 1/2 8 Uhr, im Varietebureau, 4. Stamm 7, 8. Tr., Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen Weihnachtsfeier u. e. Vol. zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

1. Bezirk. Am Freitag, den 25. November, abends 6 1/2 Uhr, in der Petruskirche, am Danzaplaz, Zimmer 18, Bezirksversammlung. 1. Bericht vom Parteitag. 2. Bericht.

3. Bezirksversammlung. 1. Bericht vom Parteitag. 2. Bericht. 4. Bezirk (Schlicht). Am Donnerstag, den 24. Nov., abends 6 1/2 Uhr, bei Steppuhn, Raritätshaus Straße, Bezirksversammlung. 1. Bericht vom Parteitag. 2. Jugendfragen.

5. Unter Zell. Wch. Bestend. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

6. Bezirk (Langfuhr). Diskutierabend Donnerstag, den 24. November beim Genossen Schmidt, Mirghauer Weg 52.

8. Bezirk (Kiebschab, Speicherplatz, Raritätshaus). Am Donnerstag, den 24. Nov., abends 7 Uhr, im Jugendheim, Weidengasse 2, Zimmer 81, Lichtbildvortrag „Eine Reise ins Weltall“ vom Gen. Ewert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Deutscher Metallarbeiterverband. Heizungsmonteure. Freitag, den 25. Nov., 4 Uhr. Gesellschaftsplatz 1/2. Branchenversammlung.

Ausstellung und Theater. Donnerstag, den 24. Nov., 6 1/2 Uhr, im Bureau Gesellschaftsplatz 1/2, Zimmer 52, Branchenversammlung.

Danziger Werk. Donnerstag, den 24. Nov., 8 1/2 Uhr, bei Schmidt.

Versteckende Versammlungen sind nur für Mitglieder bestimmt.

Schiffbau-Verst. Freitag, den 25. Nov., 8 Uhr, bei Schmidt.

Elektronikmonteure und Selter. Sonnabend, 26. Nov., 6 1/2 Uhr, Raritätshaus. Branchenversammlung.

Klempner und Installateure. Freitag, den 25. Nov., 6 Uhr, bei Schmidt, Gesellschaftsplatz. Branchenversammlung.

Deutscher Metallarbeiterverband. Donnerstag, 7 Uhr abends, im Bureau, Gesellschaftsplatz. Dingen die Sitzung der Betriebsräte aller Betriebe. Jeder aktive Betriebsrat und Mann muß erscheinen.

Arbeiter-Blutungsanstalt. Am Donnerstag, den 24. Nov., abends 7 Uhr, im Vortragssaal der Gewerkschaften, Gesellschaftsplatz 1/2. 8. Vortragabend: „Wien und Geschichte der Religion“. Der Redner spricht über religiöse Fragen der Gegenwart. Karten a 1 Mark sind an der Kasse zu haben.

Freie Turner-Gesellschaft Langfuhr. Sonnabend, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr. Mitglieder-Versammlung im Kleinhändler-Platz, Raritätshaus.

Kindergarten des Turnvereins. Die Eltern kommen. Morgen, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Heim (Stadthaus): Sing- und Spielabend.

Wasserstandsbericht am 23. November 1921.

21. 12. 22. 11.					
Danigst	+ 1,00	+ 1,23	Wismar	+ 0,03	+ 0,03
Wismar	+ 0,93	+ 1,07	Wiel.	+ 0,09	+ 0,07
Wiel.	+ 0,80	+ 0,90	Wiel.	+ 0,10	+ 0,09
22. 11. 23. 11.					
Thorn.	+ 0,32	+ 0,20	Einlage	+ 1,98	+ 2,02
Thorn.	+ 0,03	+ 0,06	Schlesien	+ 2,18	+ 2,24
Gulm.	+ 0,10	+ 0,13	Schlesien D. P.	+ 6,64	+ 6,64
Brandenz	+ 0,15	+ 0,05	Walden D. P.	+ 4,74	+ 4,76
Krusebrach	+ 0,45	+ 0,42	Neuhofen D. P.	+ 2,06	+ 2,08
			Wach.	+ 0,71	+ 0,68

Aus aller Welt.

Berliner Stillschleppprozesse. Einen besonderen Schritt in dem augenblicklich von der Staatsanwaltschaft recht heftig geführten Kampf gegen die Unstillschlepp bildet eine umfangreiche Anklage wegen Erregung öffentlichen Aergernisses usw., die sich gegen die Tänzerin Gelly de Nijepi (Frau Seweloh), deren Ehemann, den früheren Oberleutnant Seweloh, den Direktor Fuß vom „Rubenstabsballett“, fünf Tänzerinnen, Fotografen und fräuliche Betheiligte richtet und am kommenden Sonnabend die 8. Strafkammer des Landgerichts 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. ung beschließen wird. Unter den angeklagten Tänzern befinden sich drei Minderjährige, darunter ein erst 14-jähriges Mädchen. Von den Rechtsanwälten z. Thematik und Dr. Kreitel wird die Vorführung des Gelly de Nijepischen Balletts in Gestalt einer nicht fertigen gerichtlichen Zeugnisaussage beantragt werden, um dadurch und gleichzeitig durch ein öffentliches Sachverständigenaufgebot dem Gericht den Beweis zu liefern, daß es sich um rein künstlerische Darbietungen handle, die also in keiner Weise gezeugt sind, das Stillschleppen eines normalen Menschen zu verlegen. Unter den von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen befindet sich neben

mehreren Kriminalbeamten der Pfarrer Hoppe. — Ein weiterer Stillschleppprozeß wird am gleichen Tage eine andere Strafkammer beschäftigen. Es handelt sich in diesem Falle um den bekannten Roman „Dorbell“ von Kurt Gorrin, der seinerzeit beschlagnahmt worden war. Die Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften richtet sich gegen den Verleger Dr. Moseau und den Schriftsteller Kurt Gorrin. Die Staatsanwaltschaft steht nach der Anklageschrift auf dem Standpunkt, daß das Buch nicht als die Schilderung sexueller Ausschweifungen aller Art enthalte, und daß die an sich künstlerische Form der Darstellung nicht geeignet sei, den größtenteils das Schamgefühl verletzenden Inhalt zur Darstellung zu lassen. Demgegenüber führt Rechtsanwalt Dr. Th. Ahrens das Gutachten des Reichskunstwartes Dr. Meißner ins Treffen, der den Roman als die Schöpfung eines Dichters bezeichnet, der die sexuellen Momente über das Gegenständliche hinaus erhebt zum Symbol von Leidenschaft und Leid getragenen Lebenskampfes. Von dem Verteidiger wird ferner auf Gutachten von Heinrich Mann, Bernhard Reikermann, Kasimir Edschmidt, Karl Sternheim, Dr. Hans Rysler, Franz Graczer u. a. verwiesen werden.

Ein guter Gang. Dieser Tage wurde eine neue Lokomotive aus Deutschland nach Dänemark geführt. Bei der Untersuchung durch die deutsche Zollbehörde

an der Grenze fand man, von Kohlen verpackt, Goldbarren im Werte von 24 Millionen Mark. Die Barren wurden beschlagnahmt. Die Flensburg-Polizei erfuhr durch einen Zufall von dem bevorstehenden Schmuggel. Die Monteuere, die die Maschine an die dänische Grenze begleiten sollten, verriet sich in einer Bierstube.

Streik der Kartoffelgroßhändler. Die Drohung des Kartoffelgroßhändlerverbandes in Stettin bei Fortdauer der Beschlagnahme und Einleitung von Strafverfahren gegen den legitimen Kartoffelgroßhandel, die Verladung von Kartoffeln einzustellen, ist jetzt zur Durchführung gekommen. Gestern sind in fast ganz Pommern keine Kartoffeln verladen worden.

Gefängnis für einen Bankier. Vor dem Kölner Wuchergericht hatte sich der Bankier Friedrich Müller aus Köln wegen unerlaubten Handelns mit Lebensmitteln zu verantworten. Seine wiederholten Anträge um die Großhandelsverlaubnis waren abgelehnt worden, trotz dessen hatte er in großem Umfange Handel mit Lebensmitteln getrieben. Das Wuchergericht verurteilte ihn zu 100 000 Mk. Geldstrafe und 4 Monaten Gefängnis.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Franz Adomat, Odra; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 22. November, abends 7 Uhr:
Dauerkarten D 2.
Selben
Komödie in 3 Akten von Bernhard Squaw.
Deutsch von Siegfried Trebitsch.
Szena geleitet von Oberspielleiter Hermann Wenz.
Inspektion: Emil Werner.
Szenen wie bekannt. Ende 9 1/4 Uhr.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. Ermäßigte Preise. „Die Hermannschlacht.“ Drama in 5 Akten. Dauerkarten A 1. Zum Schluss der Singschule Jonkau: „Die Fledermaus.“ Musikkomödie.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Zum 1. Male: „Anna Bolena.“ Sechs Szenen von Emil Bernhard.

Montag, normaltags 11 Uhr: Neunte (musikalische) Morgenfeier. Professor Heinrich Kleber, Dresden (Cello).

Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigte Preise. Zum letzten Male: „Der Wetter aus Dingede.“

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit! Zum letzten Male: „Die Ballerina des Abends.“

Wilhelm-Theater

verleiht mit dem Stadttheater Zoppel, Dir. Otto Norrmann

Heute, Mittwoch, den 23. Novbr., abends 7 1/2 Uhr.

Kasseneröffnung 6 Uhr.

„Masochchen“ Operette in 3 Akten.

Freitag: Gastspiel Max Fellenberg aus Berlin.

„Familie Schmek“

Vorverkauf im Warenhaus Liebr. Freytag, Kohlmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5310)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

„Lichtbild-Theater“

III. Damm 3. (5602)
Spielplan v. 23. bis 25. Novemb. 1921

„Der Totenklaus“

„Drei Nächte des Verderbens“

Sensation-Kriminaldrama in 5 Akten.

Das Brandmal der Vergangenheit“

Großes Schauspiel in 6 Akten.

Hauptrolle: Bruno Kastner.

3000 Mark Belohnung!

Deklar-Lustspiel in 2 Akten. (5602)

Reichshof-Palast

Im Hotel Reichshof.
Danzigs vornehmstes Weinhaus u. elegantestes Bar.
Täglich 4-Uhr-Gesellschaftstee mit Tanzvorführungen.

Das Stadtgespräch Danzigs!

Victor Ritter

der populäre Berliner Humorist

„Ein Abend im Reichshof-Palast“

Humorvolles Gesangs-Quartett mit
Ritter • Pollinger • Herold • Karnbach

Ab 7 1/2 Uhr: SOUPERS und à la carte.
Ballmusik: Palast-Orchester Wenz. (5600)

Gedania-Theater

Schlesensdamm 53/55 (5601)

Achtung! Ab Heute!

Nur bis einschließlich Sonnabend!

Der große Original amerikanische
Wild-West-Film!

„AM MARTERPFÄHL“

In 6 großen Akten überführen sich die verhängnisvollen
Sensationen sowie tollkühne Verfolgung u. Reiterkämpfe!

Wie werden wir unsere Weiber los?

Lustspiel in 2 Akten.

„Die Katzenserenade“

Leitende Zeichnerin in 1 Akt.

„NORODY“ VII. Episode:

„Aus Nobodys Vergangenheit“

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hassa.

Tsch., Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung eleg. Herren- und Damenkleider nach Maß

Spezialabteilung für

Damen-Kostüme und -Mäntel

Herren-, Kauben- und Kinder-Konfektion

Berufsbildung. (4780)

„Wein, Kognak- u. Likörflaschen“

kauft zu höchsten Tagespreisen

Californische Weinhandlung,
Fillele Portchaisengasse 2, Junkergasse 1a.

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue

Gebisse, Reparaturen in einem

Tage. Spezialität: Gebisse ohne

Platte. Gold-Kronen usw. unter

voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses

Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-

rechnung.

Infinit für Zahleleidende

Telef. 2621 Bieffertstadt 71ⁱ Telef. 2621

Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

Hausfrauen spart Gas!

Warum ärgern Sie sich über Ihr?

schlecht funktionierendes Licht?

Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher

in keinem Haushalt fehlen darf.

Verfüge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos

billigen Vorrichtung, welche durch jedesmal spielend

leicht an jeder Gaslampe befestigt werden kann, ist jeder

Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 40 Prozent

Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern

er verbessert sogar bei dunklen Brennen die Heiligkeit

des Lichtes um ca. 300 Prozent.

Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen An-

schreibungen aus allen Kreisen vor.

Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 26.-

E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.

Vertreter an allen Orten gesucht!

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind

billig und erfolgreich.

? Wo spielt ?
Kapellmeister Moichkowitz
? aus der Krim ?

Im

Linden-Restaurant und Café

Altstädtischer Graben 93. Gegenüber der Markthalle

Täglich bis 2 Uhr nachts geöffnet (5478)

Geige

billig zu verkaufen. (f)

Dreier, Opfstraße 3a

Stubbenholz

für Ofen- und Kesselfeuerung besonders ge-

eignet, hat abzugeben in beliebigen Mengen

zum Preise von 12,- bis 15,- Mk. je Zentner

ab Lager Schüttersleg die (5603)

Städt. Holzbeschaffung,

Art.-Kaserne Hohe Seigen, Tel. 359.

Stroh- Panama- Velour- Filz- Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten

Formen bei sorgfältigster Ausführung in

kürzester Zeit

umgepreßt,

gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik

Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle

nur Lawendelgasse Nr. 6-V.

(gegenüber der Markthalle). (4338)

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossen-

chaftliche Versicherungs-

aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —

Kein Pollicenverfall.

Günstige Tarife für

Erwachsene und Kinder.

Ankunft in den Bureaus

der Arbeiterorganisationen

und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Wattenhuben 35.

Elegante

Maßanfertigung

unter erprobter fach-

mannlicher Leitung.

Großes Stemmager.

Verkauf auch meterweise.

Schallamach

Broßgasse 10, Ecke Kohlengasse

früher Goldene 10. (5411)

Frau oder älteres Mädchen

findet Wohnung

Gr. Molde 6. (f)

